

Wenigen, Agrarrepublikanismus). Insofern ist der Babouvismus mit Vorsicht zu genießen, bezüglich der staatlichen Kontrolle und Organisation, aber das Potenzial für demokratietheoretische Alternativen ist nicht zu übersehen. Gewiss sind seine Kritik der Arbeitsteilung und sein Agrarfokus für moderne westliche Gesellschaften keine sinnvolle Anwendung, und vieles bleibt vage Utopie. Dennoch liefert die abstrakte politiktheoretische Logik von der Aufwertung des *demos* (in seiner vollen Ambiguität), direkter Partizipation, imperativen Mandaten, negativer direkter Volkssouveränität, der Rückbindung der Exekutive an die Legislative und einer radikalen politischen wie sozialen Gleichheit für ein autonomes Kollektiv eine demokratische Alternative zur Repräsentation mit freiem Mandat.

Bezüglich der ersten Hauptthese zeigt sich, dass eher die subversiven Kräfte den Begriff *démocratie* aufwerten. Zwar sind diese Kräfte (Sans-Culotte, Frühkommunismus) unterlegen, aber sie sind nicht stumm im politiktheoretischen Diskurs und entwickeln bereits die meisten Argumente späterer Arbeiterparteien, Sozialist*innen und Kommunist*innen, wenn auch in einer antimodernen Variante. Und da sie eine progressivere Auffassung von Revolution vertreten und dies der Revolution inhärenter ist als der politische Rückschritt der Thermidorianer, lassen sich diese Werte nicht mehr komplett beseitigen, wenn man nicht mit der revolutionären Tradition im Ganzen brechen will, was weder die Thermidorianer noch Bonaparte wollten. Die erste Hauptthese kann hier nur abgeschwächer als für die USA belegt werden. Die zweite Hauptthese wird von Babeuf (aber auch begrenzt von Sieyès) bestätigt. Denn Babeuf führt die Unterscheidung aus bourgeois-aristokratischer Republik und demokratisch-egalitärer Republik ein; und die Repräsentation, die Aufteilung der Staatsgewalten und die reduzierte vorliberale Freiheit werden als Schimäre und unterdrückerisch sowie undemokratisch klassifiziert, verglichen mit der demokratischen Gleichheit.

4.4 Fazit: Der doppelte Wandel der Demokratie in Frankreich

Die Geschichtsschreibung hat die Tendenz, die konkurrierenden Republik-Modelle der Französischen Revolution anhand ihrer radikalen Tendenzen und dem letztendlichen Versagen demokratischer Forderungen zu beurteilen. Die Schwächung demokratischer Prinzipien in Frankreich hängt von diversen Faktoren ab: dem Kampf verschiedenster Parteien, die sich als republikanisch (und manchmal demokratisch) begreifen und gegen vermeintliche Konterrevolutionäre und Monarchisten kämpfen, den extremen sozialen Spaltungen und Antagonismen, die politische Ideen überschatten, und die Herausbildung eines aufsteigenden Großbürgertums. Während bis zur Jahrhundertwende die Zivilisation als dynamischer Prozess des revolutionären Fortschritts begriffen wird, kommen die politischen Transformationsmechanismen, die die Demokratie forcieren sollten und normativ-begrifflich aufwerteten, unter napoléonischer Herrschaft zum Stehen, indem es eher darum geht, die Gesellschaft zu kontrollieren, statt sie zu verändern. Irreversibel ist aber die Schwächung der alten Nobilität zugunsten bürgerlicher Gruppen, etwa der Notabeln und der frühkapitalistischen Bourgeoisie. Dadurch werden zunächst nur Teile der revolutionären Errungenschaften ins 19. Jahrhundert übertragen (wie die Rechtsgleichheit und die Eigentumssicherung), nicht jedoch

die partizipatorischen Elemente, da politisch-positive Freiheit und egalitäre Mitsprache durch den distinktiven Parlamentarismus ersetzt werden.⁴⁰⁸

Dennoch sind für die Entwicklungsgeschichte des Modells »moderne Demokratie« in Europa seit dem 19. Jahrhundert die Entwicklung und Rezeptionsgeschichte der Französischen Revolution entscheidend. Zusammen mit den amerikanischen Pendanten (Revolution und Verfassungsgebung) ergibt die Französische Revolution den Ursprung des Konzepts der »repräsentativen Demokratie«. Vieles, was zum Wesensmerkmal dieser Revolutionen gehört (Repräsentation, Säkularismus, teilweise allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht, negative Freiheiten, rechtliche Gleichheit), ist heute ein selbstverständlicher Bestandteil dessen, was »moderne Demokratie« genannt wird.⁴⁰⁹ Weil die Französische Revolution eine ambivalente Position zur Demokratietheorie einnimmt (Menschenrechtserklärungen und Volkssouveränität auf der einen Seite, Terror verschiedenster politischer Couleur, Repression, Exklusion und extreme soziale und ökonomische Ungleichheit auf der anderen Seite), ist diese Revolution der zentrale europäische Ausgangspunkt der Moderne, wenn es um die Auseinandersetzungen mit politisch-philosophischen Fragen wie *Was ist eine (moderne) Demokratie?* geht. Denn es war, wie Robespierre konstatierte, der *peuple*, der die Revolution gemacht hatte und sich mit der Wiedereinberufung der Generalstände in ein komplexes Verhältnis zwischen den Polen der nationalen Repräsentation und der demokratischen Partizipation begab. Der *peuple* sollte zum freien, gleichen und solidarischen *citoyen* gemacht werden.⁴¹⁰ Dabei besteht die Französische Revolution, wie Israel bemerkt, aus drei Revolutionen in einer: eine zugunsten der konstitutionellen Monarchie und Schutzrechten aus dem Lager der antiabsolutistischen und antifeudalen moderaten Aufklärer; eine republikanische Revolution der Jakobiner; und eine autoritäre Revolution der Thermidorianer. Die Drei sind inkompatibel.⁴¹¹ Die demokratisch-republikanischen Aufklärer konnten kurzzeitig den politiktheoretischen Diskurs bestimmen, aber nachhaltig das Bild einer »elektoralen Demokratie« und einer aktiv partizipierenden (und wütend-misstrauischen) Bürgerschaft prägen. Dieser demokratische Republikanismus (ob der Montagne, der Gironde, den Enragés oder des Babouvisme)

408 Vgl. Chappey: *The New Elites*, S. 561–563; Thamer: *Die Französische Revolution*, S. 109.

409 Vgl. auch Edelstein: *The French Revolution and the Birth of Electoral Democracy*, S. 333–342.

410 Vgl. Pelinka, Anton: *Französische Revolution, Demokratie und Liberalismus*, in: Ders./Reinalter, Helmut (Hg.): *Die Französische Revolution und das Projekt der Moderne (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und Politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 14)*, Wien 2002, S. 217–222, hier: S. 221; vgl. auch Andress: *The French Revolution and the People*, S. 257f.; Gauchet: *La Révolution des pouvoirs*, S. 269–272.

411 Vgl. Israel: *Revolutionary Ideas*, S. 693–708. Israel folgert später daraus, dass es auch einen Kampf zwischen drei fundamental unterschiedlichen Ideologien gegeben hätte. Diese Ideologien seien ein radikalaufklärerischer demokratischer Republikanismus der Gironde, der auf universellen Rechten basiere, ein konstitutioneller Monarchismus in einer gemischten Regierung, der die Aristokratie und den Wahlzensus verteidigt, und einen autoritären Populismus der Montagnards. (Vgl. Ders.: *The Enlightenment That Failed*, S. 468–470) Hier verschiebt sich Israels Darstellung stärker zugunsten der demokratischen Modelle von Condorcet. Obgleich dem Urteil zu Condorcet nicht generell widersprochen werden soll, ist doch die Dämonisierung von Akteuren wie Robespierre, Marat und Saint-Just sehr vereinfacht, wie gezeigt werden konnte.

wird mit Antimonarchismus, Säkularismus, politischer Partizipation, Volkssouveränität, Transparenz, einem sozialreformerischen bis radikalen Egalitarismus und der Ablehnung bestehender Unterdrückungs- und Korruptionmechanismen verbunden. Die moderaten Aufklärer und Autoritaristen (aus der ersten und dritten Phase) kommen dagegen mit der Übertragung sozialer Distinktionen ins Staatliche oder mit der Monarchie zurecht. Der Konsens aller drei Phasen ist die Ablehnung des *Ancien régime*, des Ständesystems und der Akzeptanz einer formalen Gleichheit sowie individuell-negativer Freiheit. Der kleinste gemeinsame Nenner ist der sich abzeichnende Liberalismus (nicht die Demokratie). Bald wird der Liberalismus identifiziert mit den Prinzipien der modernen Staatslehre, wie man sie in Frankreich vor allem Sieyès entnehmen kann, bestehend aus Menschenrechten, Konstitutionalismus, Gewaltenteilung, freier Repräsentation, Verfassungsgerichtsbarkeit und Rechtsstaatlichkeit.⁴¹² Dabei werden die Bemühungen um direkte Volkssouveränität und Partizipation mit der *Terreur* verbunden, was die Furcht vor der Demokratie als egalitär-partizipatorisches System, in welchem eine vermeintlich brutale und exzessive Masse willkürlich herrscht, begründet – und dabei den Weißen (antidemokratischen) Terror außer Acht lässt.

Das zeigt zwei Aspekte, die für die Hauptthesen relevant sind: *Erstens* haben die demokratischen Konzepte ihren Höhepunkt in der Phase des Jakobinismus, eingerahmt von zwei bourgeois Phasen, die eher von Distinktionstheoretikern aus den Lagern der konstitutionellen Monarchisten, Autoritaristen oder elitären Protoliberalen stammen. *Zweitens* gibt es Unterschiede zwischen dem demokratischen Republikanismus (teils mit dem klassischen Verständnis der Versammlungsdemokratie) und dem aristokratischen Republikanismus. Es bleibt der Widerspruch zwischen einem starken Anspruch demokratischer Partizipation und einer elitären Staatstheorie. Die Revolution bietet keine Synthese beider Ansätze. Es wird nur ein kurzzeitiges Bündnis zwischen diesen revolutionären Gruppen von Aufklärern geschlossen, das schon 1792 erodiert. Aufgrund dieses antifeudalistischen Bündnisses ist es nachvollziehbar, das aristokratische Modell der freien Repräsentation mit der Demokratie kombinieren zu wollen, aber das bleibt eine widersprüchliche Mischung (da es kein kohärentes Konzept ist, sondern ein Zweckbündnis).

Freiheit und Gleichheit werden in der ersten revolutionären Phase (1789-1791/92) als negative Grundrechte des Individuums gegenüber dem Staat (Freiheit der Person, Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsrechte, Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit, gleiches Wahlrecht der Aktivbürger, juristische Gleichheit) und als kollektive Verpflichtung verstanden, das *Ancien régime* zu überwinden und ein Gemeinwesen zu gründen, das auf der Bürgerschaft und einem Zusammenspiel verschiedener Mächte – inklusive Teile des *demos* – fußt. Letzteres ist republikanisch und in Teilen klassisch-demokratisch, während Ersteres auch protoliberal aufgefasst werden kann. Bis zu Robespierres Fall, so van den Heuvel, haben die kollektive Autonomie und die politisch-rechtliche Gleichheit das soziale und politische Zusammenleben dominiert – als kollektive Errungenschaft.⁴¹³ Dementsprechend können vor allem im Sozialen alle Elemente, die diesen Grundkonsens der republikanischen Freiheit und Gleichheit ablehnen, als egoistisch

412 Vgl. Riklin: Joseph Emmanuel Sieyès und die Französische Revolution, S. 295-297.

413 Vgl. van den Heuvel: Der Freiheitsbegriff der Französischen Revolution, S. 255-258.

bezeichnet werden, da sie der Ordnung der Gleichheit im Wege stehen. Die potenziell demokratischen Werte der politischen Freiheit und Gleichheit werden zur Identifikations- und Integrationsfigur der Revolution und legen den Grundstein für die Aufwertung des Begriffs *démocratie*. In der jakobinischen Phase (1792-1794) wird dieser Fokus zugunsten einer kollektiven Freiheits- und Gleichheitsmoral verschoben und die Gleichheit um die Bestrebungen der sozioökonomischen Homogenität erweitert, um die drängenden sozialen Nöte zu minimieren und (vielen Anti-Federalists gleich) eine gemeinsame Norm der Gleichheit und des antiluxuriösen Lebensstils der Bürgerschaft zu generieren. Der Thermidor-Putsch bringt eine Wende, da Freiheit und Gleichheit nur propagandistisch und phrasenhaft genutzt werden, um die Herrschaft zu sichern. Dabei werden eine individuelle, negative und reduzierte Freiheit (etwa ohne umfangreiche Rede- und Pressefreiheit) sowie eine nur rechtliche Gleichheit verkündet. Beide werden an einen Pflichtenkatalog gebunden. Die Freiheits- und Gleichheitsformen, die eine soziale Gleichheit oder einen leichten Zugang zur Partizipation meinen, zählen nicht mehr zu den positiv verbrieften Rechten. Damit brechen die Thermidorianer mit einem Großteil der politischen Philosophie der Aufklärung, indem Freiheit und Gleichheit zum funktional-herrschaftstechnischen Charakter werden und kein universelles Naturrecht mehr darstellen sollen. Daher ist ihre Herrschaftsideologie antidemokratisch, aber behält propagandistisch die Werte Freiheit und Gleichheit als revolutionäre Leistungen bei. Das heißt, dass sich beide Normen, die eng verknüpft mit dem Demokratiebegriff sind, dauerhaft als politisch-rechtliche Prinzipien durchsetzen können, jedoch ohne einem demokratischen Standard genügen zu müssen. Bezüglich der ersten Hauptthese bedeutet dies, dass mit der dauerhaften Aufwertung von Republik, Freiheit und Gleichheit eine sprachliche Aufwertung der *démocratie* sukzessive einhergeht: Die damit verbundene Freiheit und Gleichheit (die zweite Hauptthese betreffend) sind aber nicht genuin demokratisch, sondern als negative Schutzrechte ausgelegt, oder sie sind ideologische Hüllen. Progressive Kräfte (wie die Jakobiner) werten explizit den Demokratiebegriff auf, was offenbar so tiefgreifend war, dass selbst viele Thermidorianer den Demokratiebegriff nicht so explizit kritisierten, wie es die Federalists oder die Elitetheoretiker der ersten Revolutionsphase in Frankreich tun. Eine Ausnahme, die ein demokratisches naturrechtliches Gleichverständnis in der Phase des Direktoriums bietet, ist der Babouvismus. Dessen Ziele sind ein Güterkommunismus und die Gleichheit sozialer, ökonomischer und politischer Art. Explizit solle das System, das diese vollkommene Gleichheit sichere, demokratisch sein. Dabei wird die Freiheit vor allem als politische Freiheit der Gemeinschaft verstanden, individuelle Freiheiten werden kaum thematisiert, das Eigentumsrecht wird negiert.

Die entscheidenden Kriterien für die In- oder Exklusion der Bürgerschaft sind Tugend, Rationalität oder Gemeinwohlorientierung. So begründen die Anhänger des Zensuswahlrechts (Thermidorianer, Sieyès und andere Patriotes) die Einschränkung von Partizipationsrechten ärmerer Bürger elitetheoretisch damit, dass nur die Gebildeten und Wohlhabenden das Wohl der Nation als Ganzes verstünden oder die Ärmern sogar – hier klingt ein Klassenkampf von oben an – unnütz oder faul seien. Jakobiner und Montagnards dagegen forcieren 1792 bis 1793 die Stärkung der lokaldemokratischen Primärversammlungen und konzipieren eine Mischung aus Repräsentation und lokalen Versammlungen. Die Montagne begründet dies mit einer egalitär-republikani-

schen Tugend des Herzens, die dem Bürger zugesprochen wird, da dahinter ein gemeinschaftliches Pathos stünde. Diese Bürgertugend ist demokratischer und inklusiver als jene der auf Rationalität pochenden Elitetheoretiker. Robespierre weicht 1794 von den partizipatorischen Ansprüchen ab, indem er die Demokratie als Gesetzesherrschaft bestimmt, allen antiken Demokratien den demokratischen Gehalt aberkennt und seine neue, angeblich echte Demokratie der Folgsamkeit des *demos* und der Repräsentation präsentiert. Er definiert die Staatsform um, indem er Elemente heranzieht, die nicht genuin demokratisch sind. Dafür reduziert er die Komponenten der freien und gleichen Beteiligung weitgehend, entledigt die Demokratie ihrer Kernelemente und füllt sie neu mit der Herrschaft der Gesetze und der Passivität des Volkes. Während Sieyès den konzeptuellen Unterschied zwischen einer reinen, ursprünglichen Demokratie und einem Repräsentativsystem betont, setzt Robespierre viele Bestandteile des Repräsentativsystems (Gesetzesherrschaft, der Bürger zieht sich ins Private zurück) mit seiner »Demokratie« gleich. Robespierres Bruch mit klassischen Demokratien erklärt, wie aus einer als undemokratisch verstandenen Idee terminologisch eine angeblich moderne Demokratie wird. Insofern bleiben Condorcets Ideen partizipatorischer und egalitärer als diejenigen Robespierres. Da Condorcets Begründungen einer bürgerschaftlichen Partizipation sogar ohne (emotionale) Tugend auskommen und der Menge Rationalität unterstellt, entfaltet dies auch ein demokratischeres Potenzial. Ein wesentlich demokratischeres Modell liefert Varlet, welcher lokaldemokratische Versammlungen als primäre politische Einheiten sieht und das nationale Parlament mit einem imperativen Mandat dem *demos* unterwerfen will. Dies ermöglicht eine zentrale politische Organisation im Nationalstaat, die in ihrer Basis demokratisch ist, da sie eng an die lokaldemokratischen Einheiten gebunden ist. Das imperative Mandat Varlets in Kombination mit Condorcets Bestrebungen wäre eine prädestinierte demokratische Alternative zu den distinktiven Repräsentationsmodellen. Eine ähnliche Machtteilung zwischen *demos* und Parlament bietet Babeuf, der für das Gemeinwohl ein Wechselspiel aus der Demokratie und einem (eigentlich aristokratischen) Senat vorsieht. In der Tat ist der radikale Babeuf weniger egalitär-partizipatorisch auf politischer Ebene als Varlet. Gleichzeitig konstatiert Babeuf einen ökonomisch motivierten Klassenkampf, der politisch zwischen demokratischen und aristokratischen Republikanern verlaufe. Damit wertet er den demokratischen Republikanismus explizit auf. Er unterstellt, dass die Vielen, das Volk, gegenüber der Minderheit der neuen Aristokraten das Gesamtwohl (aufgrund der übermäßigen Majorität) definiere. Damit skizziert er das Grundelement der Demokratie, dass sich die Vielen gegen die Macht der Wenigen durchsetzen. Die Wechselwirkung von Tugend, Rationalität und Repräsentation belegt in Bezug auf meine erste Hauptthese, dass die Demokratie vor allem von den Jakobinern, der Sans-Culotte, aber auch vom Babouvismus explizit aufgewertet wird, indem dem Volk basale politische Fähigkeiten (und Tugenden) attestiert werden, um in weiten Teilen als autonomes Kollektiv zu agieren. Die Aufwertung ist nach dem Fall des Jacobinisme nicht komplett verschwunden. Die Aufwertung verursacht (siehe Hauptthese zwei) nicht nur lokaldemokratische Bestrebungen und die Forderung nach imperativen Mandaten (angereichert mit dem prinzipiellen Misstrauen gegenüber republikanisch zu kontrollierenden Eliten), sondern auch eine Umdeutung der Demokratie, die mit dem Repräsentativsystem kombiniert wird, etwa bei Saint-Just (vor allem bis 1792) oder Robespierre (1794)

und teils bei Condorcet. Insofern wird die *Demokratie* zur Mischung aus Repräsentation, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Konstitutionalismus. Während die letzten beiden Elemente mit einer Demokratie klassischen Antlitzes kombiniert werden können, ist die Repräsentation nur eine Einschränkung oder Beseitigung demokratischer Prinzipien. Die progressiven Denker, die den Terminus *démocratie* aufwerten, aber teilweise von einer »repräsentativen Demokratie« sprechen, sorgen für die fundamentale Umdeutung der Demokratie. Das ist am deutlichsten bei Robespierres Bruch mit der klassischen Demokratie.

Die egalitäreren Republikaner wollen darüber hinaus meist die Exekutive rückbinden an die als demokratisch verstandene Legislative. Dies ist etwa in der Verfassung der Montagne, der Gironde oder dem Konzept von Babeuf vorzufinden. Es soll eine personelle und institutionelle Trennung der Staatsgewalten geben, aber durch den Primat der Legislative soll das System ausreichend demokratisch bleiben. Insofern hängt der demokratische Gehalt der Gewaltenteilung davon ab, wie volkssouverän die Legislative ist, die die Exekutive kontrolliert. Vor allem Mirabeau erkennt die Gefahr eines Parlamentarismus, in dem sich die Repräsentanten zu neuen Aristokraten entwickeln. Andere Theoretiker (die Thermidorianer oder die Monarchiens) wollen eine funktionale Gewaltenteilung, auch um eine Despotie des *demos* zu verhindern. Folglich ist der Grad an Volkssouveränität wie auch die Rückbindung der Exekutive an die Legislative in diesen Varianten gering.

Gerade die Elemente, die von Elitetheoretikern stammen – distinktive Repräsentation, Verfassungsgerichtsbarkeit, negative Schutzrechte und die Freiheit der Bürger von den Bürden der Politik statt der Freiheit zur Politik –, werden auch in Frankreich bald als demokratisch verstanden. Das liegt an der Umdeutung des Demokratiekonzepts (etwa durch die Jakobiner) und den semantischen Feldern, die Elitetheoretiker vorlegen, wie die sprachliche Verbindung von *souveraineté populaire*, *république*, *nation*, *représentation*⁴¹⁴. Aber progressive Kräfte generieren ähnliche Felder, bestehend aus *république*, *démocratie*, *souveraineté populaire*, *liberté*, *égalité*, *vertu* und zum Teil der Kombination aus lokaler Demokratie und nationaler Repräsentation. Da ähnliche semantische Assoziationen entstehen, kommt es, wenn die Demokratie sich nicht dauerhaft von der Volkssouveränität trennen lässt, zu ihrer Aufwertung, was die erste Hauptthese partiell bestätigt. Dies belegt die Umdeutung der Demokratie in der Frühmoderne, wenn sie synonym mit der elitären Repräsentation und Rechtsstaatlichkeit verwendet wird. Eingeschränkt werden muss dieser Beleg zur ersten Hauptthese in Bezug auf die Französische Revolution, insofern am Ende des 18. Jahrhunderts – anders als in den USA – dezidierte Antidemokraten dominieren. Bis es zur vollen Aufwertung der *Demokratie* und einer Hegemonie im politischen Diskurs für das Wort *démocratie* kommen kann, dauert es bis ins 19. Jahrhundert. Dass Antidemokraten wie das Direktorium schließlich den Demokratiebegriff meiden, spricht zudem dafür, dass das Konzept noch nicht gänzlich umgedeutet (und insofern von Antidemokraten vereinnahmt) wurde. Auch wenn dies keinen kompletten Sieg des Konzepts der »modernen Demokratie« bedeutet, waren doch Phasen der Aufwertung des Begriffs der *Demokratie* (und partizipatorischer Ansprüche) schon Ende des 18. Jahrhunderts ideengeschichtlich prägend.

414 Dieses Feld ist – vom Nationalismus abgesehen – identisch mit dem Konnex, den *Publius* generiert.

Die semantische Aufwertung durch eine egalitäre Minderheit beginnt also nicht erst 1796 mit Babeuf, wie Dunn meint, sondern schon mit dem Jakobinismus, und zwar teilweise bereits in der ersten Revolutionsphase. Die Französische Revolution wird prägend für die künftige begriffliche Aufwertung – sie selbst bringt jedoch (etwa mit der Diskreditierung oder Ignorierung der Demokratie durch die Thermidorianer) keine solche stabile Aufwertung hervor. Mit dem Ende des Jacobinisme ist aber ein entscheidender Punkt für die Demokratietheorie markiert: Denn spätestens seit der babouvistischen Verwendung des Demokratiebegriffs konkurrieren mindestens zwei Demokratieverständnisse: die moderne elitäre, »repräsentative Demokratie/Republik« und die egalitäre Demokratie/Republik. Die Frage, wie man sich zu den Vielen oder den Wenigen, dem Egoismus oder der Gleichheit positioniert, definiert das jeweilige Demokratieverständnis. Die »repräsentative Demokratie« ist dabei genuin undemokratisch und stammt von Demokratiekritikern, und die »egalitäre Demokratie« (ob klassenkämpferisch formuliert oder allgemeiner auf das Recht des Mehrheitswillens bezogen) ist nahe an den Elementen der klassischen Demokratie – politische Freiheit und Gleichheit, mehr oder weniger direkte Partizipation, Selbstregierung, kollektive Autonomie und Nichtbeherrschung. So zeigt sich aber, dass die in Frankreich mit dem Jacobinisme begonnene und danach stockende Aufwertung nur den Triumph eines Wortes einleitet, während sich das oligarchische Demokratieverständnis der Repräsentation und der *order of egoism* diskursiv durchsetzt.⁴¹⁵

415 Vgl. auch Dunn: *Setting the People Free*, S. 130-132.

